**AG Finanzen/Besitzverhältnisse   
Thema Steuern**

**Sorgen der Leute:** Steuergerechtigkeit ist ein zentrales Anliegen der Sozialdemokratie. Die Digitalisierung der Wirtschaft führt zu neuen Risiken/Gefahren in der Steuerpolitik. Diese verschärfen bei den Unternehmenssteuern den destruktiven Wettbewerb, der bereits seit der neoliberalen Wende im Gang ist.

**Relevanz für die Schweiz** Wie das Referendum zur USR III gezeigt hat, ist die Sorge auch in der Schweiz gross, dass der Steuerwettbewerb bei der Unternehmensbesteuerung zunehmend destruktive Züge annimmt.

**Einordnung:** Google, Facebook, Amazon oder Apple machen Milliardenumsätze (auch in der Schweiz). Die Konzerne sind gross und mächtig, aber gleichzeitig nur sehr klein, wenn es um Steuern geht. Sie machen mit rekordtiefen Steuern Schlagzeilen und sorgen für eine Verschärfung des internationalen Steuerwettbewerbs. Spitzenreiter ist mit Apple ausgerechnet der profitabelste Konzern der Welt. Andere IT-Konzerne stehen nur wenig nach. Das hat eine steuerpolitische – aber auch eine wettbewerbspolitische Komponente. Die „eingesparten“ Steuern führen zu einer immer grösseren Konzentration: Technology companies have grown in size and scale, often using first-mover advantage to establish quasi-monopolies and quash competition. The digital economy was supposed to empower the individual entrepreneur, but it has instead become one in which four or five companies utterly dominate the global landscape. A new technology company today aspires simply to be bought by Google or Facebook.

**Handlungsbedarf:** hoch

**Hauptgründe/Probleme:** Wie die EU-Finanzminister in einem internen Papier festgestellt haben, profitieren ausgerechnet die erfolgreichsten und am schnellsten wachsenden Unternehmen durch ihr grenzüberschreitendes Geschäft davon, dass dieses digital und damit physisch nicht greifbar ist. Die Besteuerung herkömmlicher international tätiger Unternehmen richtet sich nach den Betriebsstätten oder anderen festen Orten, wo ihre Wertschöpfung stattfindet. Diese Voraussetzung erweist sich immer mehr als problematisch. Ein fundamentales Umdenken zeichnet sich ab. Ausgehend von den digitalen Mulits, wird sie auf die gesamte Unternehmensbesteuerung ausstarhlen.

**Politische Stossrichtung**

**international.** Die EU will diese IT-Unternehmen deshalb künftig nicht mehr auf Grundlage ihrer Gewinne am Sitzort besteuern, sondern auf der Grundlage ihres Umsatzes in den jeweiligen Märkten. Dies entspricht auch den Bemühungen der OEDC im Zusammenhang mit dem BEPS-Prozess sowie den Bestrebungen der EU im Hinblick auf eine einheitliche Bemessungsgrundlage für die Unternehmensbesteuerung. Diese sieht u.a. auch eine „Ausgleichssteuer“ vor, um den internationalen Steuerwettbewerb zu bekämpfen.

**national:**

**wichtigste (neue) Stossrichtung:** Für die Schweiz mit ihren grossen, international tätigen Konzernen bedeutet diese Entwicklung eine fundamentale Umstellung. Die Schweiz muss entsprechende steuerpolitische Weichenstellungen vornehmen, damit sie nicht unvorbereitet in ein grosses Dilemma gerät. Werden künftig ihre Grosskonzerne „dezentral“ in den Ländern besteuert, in denen sie ihr Geschäft machen, brechen grosse Beiträge an die Staatseinnahmen weg.

**ergänzende Stossrichtungen** Die Schweiz richtet ihre Unternehmenssteuerpolitik stärker als bisher an den Bemühungen in der EU aus, den Steuerwettbewerb zwischen den EU-Ländern in den Griff zu bekommen, der zunehmend die De-facto-Souveränität nationaler Regierungen beschränkt und dazu führt, dass die Steuerlast von den Unternehmen auf die natürlichen Steuerzahlerinnen und Steuerzahler umverteilt wird. Die Schweiz sollte sich am EU-Projekt einer Gemeinsamen Konsolidierten Körperschaftssteuer-Bemessungsgrundlage (GKKB) beteiligen. Diese läuft auf eine Einheitsbesteuerung von Unternehmen mit anschliessender formelhafter Aufteilung der Steuereinnahmen hinaus.

**Begründung:**

Die Schweiz gehört mit Irland und Luxemburg zu den Ländern, die die tiefsten Unternehmenssteuersätze haben und eine hohe Konzentration an international tätigen Unternehmen, sie gilt als Steuerparadies für international tätige Unternehmen.

**Flankierend, mögliche Konflikte:**

Die SP sorgt dafür, dass der Umbau des Steuersystems gerade im Unternehmenssteuerbereich nicht zu gewaltigen Steuerausfällen oder eben einer noch stärkeren Umverteilung zulasten der natürlichen Personen geschieht. Dazu braucht es ein umfassendes Konzept mit verschiedenen Komponenten.

Quellen:

<http://www.sp-ps.ch/sites/default/files/documents/steuergerechtigkeit.pdf>

<http://library.fes.de/pdf-files/id/ipa/13566.pdf>